

KROATIEN

DR. MICHAEL A. LANGE
ELMA LAKISIC

Januar 2013

Komplikationen im Ratifizierungsprozess Kroatiens?

Kroatien und Deutschland verbinden seit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen am 15. Januar 1992 enge und freundschaftliche Kontakte auf allen Ebenen. Unabhängig davon, wer in Deutschland die politischen Geschicke des Landes bestimmte, genoss das unabhängige Kroatien die volle politische Unterstützung Deutschlands. Jüngste Äußerungen deutscher Politiker über die Chancen einer weiteren EU-Erweiterung im Allgemeinen und zum Stand der Beitrittsbemühungen Kroatiens im Besonderen warfen einen Schatten auf die sehr guten deutsch-kroatischen Beziehungen und sorgten in Kroatien für eine lebhafte Debatte. Äußerungen des Bundestagspräsidenten sowie einiger wichtiger Abgeordneter des Deutschen Bundestages über die Zukunft der EU-Erweiterung und die „Beitrittsreife“ Kroatiens sorgten in der politischen Klasse Kroatiens, vor allem aber in den kroatischen Medien, für große Aufregung. Diese kam dann erst im Zuge des Besuchs des deutschen Bundespräsidenten Gauck wieder zur Ruhe, der sich in seinen Gesprächen zwar nicht von den Argumenten und Beweggründen dieser Abgeordneten distanzierte, aber den weiteren Verlauf des kroatischen Beitrittsprozesses optimistischer beurteilte und zur „Vertrauensbildung“ zwischen beiden Ländern beitrug.

Dt. – kroatische Irritationen

Der Vorsitzende des Europaausschusses Krichbaum hatte die Diskussionen um den kroatischen Beitrittsprozess mit einem Interview mit der Saarbrücker Zeitung Mitte

Oktober 2012 in Gang gesetzt.¹ Darin begründete er seine Skepsis gegenüber einem Beitritt Kroatiens zum jetzigen Zeitpunkt mit den im jüngsten Bericht der EU-Kommission aufgeführten Mängeln und bemerkte u.a., dass es bei den Ratifizierungsverfahren in den nationalen Parlamenten - und zwar nicht nur in Deutschland - durchaus Schwierigkeiten geben werde, wenn in Kroatien nicht erhebliche Anstrengungen zur Erfüllung der Beitrittsbedingungen unternommen und Fortschritte bei der Lösung der verbliebenen Probleme zu verzeichnen sein würden. Er unterstrich, dass Kroatien sich jetzt anstrengen müsse, damit es beim 1. Juli als Beitrittstermin bleibe, was ihm nicht gesichert erscheine. Er betonte dabei, dass die Beitrittskriterien, obwohl die EU-Mitgliedschaft Kroatiens im Interesse Deutschlands sei, von allen Kandidaten restlos erfüllt sein müssten und es sich bei den von der EU im letzten Monitoringbericht seiner Meinung nach eben nicht um „marginale“ sondern um „fundamentale“ Probleme handele.²

In die gleiche Richtung äußerte sich wenig später auch der Präsident des Deutschen Bundestages Norbert Lammert, der in einem Interview zum Erweiterungsprozess bemerkte, dass es so viele dringende Aufgaben in der Konsolidierung der Gemein-

¹ Vgl. „Europaausschuss-Vorsitzender Krichbaum (CDU) hält Kroatien „derzeit“ nicht für beitriffähig – Aufnahmeterrn 1. Juli 2013 in Frage gestellt“, *Saarbrücker Zeitung*, in: *Online Focus*, 12.10.2012,

² Vgl. „Europaausschuss-Vorsitzender Krichbaum (CDU) hält Kroatien „derzeit“ nicht für beitriffähig – Aufnahmeterrn 1. Juli 2013 in Frage gestellt“, *Saarbrücker Zeitung*, in: *Online Focus*, 12.10.2012,

KROATIEN

DR. MICHAEL A. LANGE
ELMA LAKISIC

Januar 2013

schaft zu erledigen gebe, dass man nicht erneut den Ehrgeiz der Erweiterung an die Stelle der notwendigen Stabilisierung treten lassen sollte.

Diese Äußerung wurde von manchen in Kroatien als eine Warnung vor weiteren Beitritten zur EU gewertet und die pointierte Formulierung Lammert's, Kroatien sei angesichts der im jüngsten Fortschrittsbericht aufgeführten unerledigten Aufgaben offensichtlich noch nicht beitriffsreif, rief in den kroatischen Medien kritische Kommentare hervor, die glaubten, daran eine Abkühlung der bilateralen Beziehungen festmachen zu können.³

Vielen wurde erst bei genauerem Hinsehen deutlich, dass Lammert sich nicht gegen eine Fortsetzung der europäischen Integration, sondern für die Fortsetzung des europäischen Integrationsprozesses ausgesprochen, diesen aber mit der Auflage einer gemeinsamen Haushalts- und Fiskalpolitik verbunden hatte. Für ihn erforderte das Ungleichgewicht zwischen der ökonomischen und der politischen Integration, das zu den unerfreulichen Turbulenzen um den Euro geführt hat, die Durchsetzung einer gemeinsamen Haushalts- und Fiskalpolitik aller Euro-Mitgliedsstaaten. Es gelte, so Lammert in diesem Interview, sich auf ein Verfahren zu verständigen, wie die vertraglich vereinbarte Haushaltsdisziplin durch die Gemeinschaft kontrolliert, notfalls korrigiert und gegebenenfalls auch sanktioniert werden könne.⁴

³ Vgl. Jochen Gaugele und Claus Christian Malzahn, „Lammert plädiert für EU-Erweiterungsstopp“, *Die Welt*, 13.10.2012, <http://www.welt.de/politik/deutschland/article109808977/Lammert-plaedierte-fuer-EU-Erweiterungsstopp.html>
Vgl. auch „Bundestag speaker calls for halt to the EU enlargement“, die Kroatische Nachrichtenagentur *HINA*, 13. Oktober 2012, www.hina.hr
<http://see-business.eu/croatia-times-all-news/84-croatia/croatia-times/5766-bundestag-speaker-calls-for-halt-to-eu-enlargement>

⁴ Vgl. Jochen Gaugele und Claus Christian Malzahn, „Lammert plädiert für EU-Erweiterungsstopp“, *Die Welt*, 13.10.2012, <http://www.welt.de/politik/deutschland/article109808977/Lammert-plaedierte-fuer-EU-Erweiterungsstopp.html>

In seinem Interview nahm Lammert mit Blick auf einen möglicherweise zu raschen Beitritt Kroatiens in die EU auf die Zustände und Erfahrungen mit Bulgarien und Rumänien⁵ Bezug, von denen er betonte, dass ihm diese beiden Länder bis heute nicht EU-kompatibel erscheinen.⁶ Zwar hätten die Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawiens seiner Meinung nach durchaus eine Beitrittsperspektive, die Voraussetzungen dafür seien jedoch von jedem Land selbst zu schaffen. „Dabei dürfe die gute Absicht nicht an die Stelle der nachgewiesenen Veränderungen treten“.⁷

Krichbaums wie Lammerts Äußerungen sowie alle weiteren von deutschen Abgeordneten bezogen sich auf den am 10. Oktober in Brüssel präsentierten jüngsten Fortschrittsbericht der EU-Kommission, der auf zahlreiche Mängel in der Vorbereitung des Beitritts Kroatiens hingewiesen hatte. Zwar rechnet der Bericht zu den positiven Entwicklungen in Kroatien z.B.

- die weitgehende Umsetzung des EU-Aktionsplan im Justizwesen;
- die Bekämpfung von Korruption und organisierter Kriminalität;
- die Fortschritte im Bereich der Grund- und Menschenrechte;
- die parlamentarische Verabschiedung der Änderungen des Antidiskriminierungsgesetzes und eines neuen Gesetzes über den Ombudsmann;
- die Intensivierung der Gespräche mit Bosnien und Herzegowina über ungelöste Fragen des Grenzmanagements und

⁵ Da es im Falle des EU-Beitritts Bulgariens und Rumäniens noch Mängel bei der Rechtsstaatlichkeit gab, die bis heute nicht beseitigt wurden, leitete die Kommission für Kroatien eine stärkere Überwachung der Reformen ein.

⁶ Vgl. Jochen Gaugele und Claus Christian Malzahn, „Lammert plädiert für EU-Erweiterungsstopp“, *Die Welt*, 13.10.2012, <http://www.welt.de/politik/deutschland/article109808977/Lammert-plaedierte-fuer-EU-Erweiterungsstopp.html>

⁷ Vgl. „Bundestagspräsident Lammert für EU-Erweiterungsstopp“, *Zeit Online*, 13.10.2012, <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2012-10/lammert-kroatien-eu-beitritt#player0>

KROATIEN

DR. MICHAEL A. LANGE
ELMA LAKISIC

Januar 2013

- die positiven Entwicklungen im Bereich der gegenseitigen Anerkennung beruflicher Qualifikationen;

der Bericht monierte jedoch vor allem die Nichterfüllung einiger wichtiger Bedingungen für die EU-Mitgliedschaft.

Stefan Füle, der zuständige EU-Erweiterungskommissar, präzisierte während eines kurzfristig anberaumten Besuchs in Zagreb zehn Defizite, die es bis zum Beitrittstermin noch zu beheben gelte.

Unvollendet erscheine, so der Bericht, weiterhin die notwendige Umstrukturierung der kroatischen Schiffbauindustrie und auch das kroatische Justizwesen müsse noch effizienter werden, um die Zahl nicht abgeschlossener Gerichtsverfahren endlich auf ein erträgliches Maß zu reduzieren. Sowohl die Unterzeichnung von Privatisierungsverträgen für kroatische Werften als auch die Gründung einer Kommission für Interessenkonflikte stehe immer noch aus.⁸

Bei nicht wenigen Kroaten scheint mittlerweile der Eindruck entstanden zu sein, dass einige EU-Mitgliedstaaten - darunter auch Deutschland - die Ratifizierung offensichtlich von einem abschließend positiven Urteil der EU-Kommission im letzten Fortschrittsbericht abhängig machen. Sollte der voraussichtlich Ende März 2013 zu veröffentlichen Bericht noch weiter bestehende Defizite offenbaren, könnten diese Länder den Ratifizierungsprozess verschleppen, warnt dann auch die Europaexpertin der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, Theresia Töglhofer.⁹

Auch die Abgeordnete im Europäischen Parlament, Doris Pack, äußerte sich in einem Telefoninterview mit der in Kroatien meist-

gelesenen Tageszeitung *Jutarnji list* dahingehend, dass die kroatische Regierung an der Erfüllung der übriggebliebenen Voraussetzungen für den Beitritt ernsthaft arbeiten müsse. Den Vorwurf, ihre Partei (CDU) beginne gegenüber Kroatien kritischer zu werden, weil seit Jahresbeginn die SDP und nicht mehr die europäische Schwesterpartei „HDZ“ regiere, wies sie gleichwohl zurück. Einige EU-Diplomaten erinnerten in diesem Zusammenhang an die vor dem Sommer gegebenen Versprechungen der Außen- und Europaministerin Vesna Pusić, dass Kroatien die Voraussetzungen sogar vorzeitig erfüllen wolle. Dies sei aber noch nicht passiert.

Anerkannt wurde jedoch, dass die deutsche Regierung nur auf dem Prinzip der Erfüllung aller Voraussetzungen beharre und sich sogar bei der slowenischen Regierung dafür einsetze, dass auch sie rechtzeitig mit dem Prozess der Ratifizierung des kroatischen EU-Beitrittsvertrages beginne, meldete etwa die kroatische Zeitung *Jutarnji list*.¹⁰

Die Bundesregierung zeigte sich daraufhin öffentlich davon überzeugt, dass Kroatien die im Monitoring-Bericht aufgeführten Bedingungen in dem noch zur Verfügung stehenden Zeitraum erfüllen könne, da Kroatien ja schon auf der Grundlage eines viel strengeren Verfahrens aufgenommen werden soll, betonte etwa Regierungssprecher Seibert.¹¹

Der Bundesminister des Auswärtigen, Guido Westerwelle (FDP), brachte daraufhin am Rande eines Treffens der EU-Außenminister in Luxemburg ebenfalls zum Ausdruck, dass Deutschland Kroatien als EU-Mitglied sehen möchte, dass jedoch keine Zugeständnisse bei der Erfüllung aller Bedingungen gemacht würden.¹² „Es bliebe bei dem, was verabre-

⁸ Vgl. Report, EU Kommission, „Kroatien noch nicht bereit für EU?“, *The European Circle*, <http://www.european-circle.de/report/report/datum/2012/10/10/kroatien-noch-nicht-bereit-fuer-die-eu.html>

⁹ Vgl. Report, EU Kommission, „Kroatien noch nicht bereit für EU?“, *The European Circle*, <http://www.european-circle.de/report/report/datum/2012/10/10/kroatien-noch-nicht-bereit-fuer-die-eu.html>

¹⁰ Vgl. „Njemačka blokira Hrvatsku? Doris Pack: 'Hrvatska sada nije spremna za EU! Vlada nije smjela gubiti vrijeme'“, *Jutarnji list*, 14.10.2012, <http://www.jutarnji.hr/vlada-jetrebala-vise-raditi-na-ispunjanju-uvjeta-eu-1059983/>

¹¹ Vgl. „Germany sure Croatia can do tasks in time to join EU“, Kroatische Nachrichtenagentur HINA, 14. Oktober 2012, www.hina.hr

¹² Vgl. „Minister: Germany wants to see Croatia as EU-Member, but no Concessions will be

KROATIEN

DR. MICHAEL A. LANGE
ELMA LAKISIC

Januar 2013

det worden sei und er sei sehr zuversichtlich, dass die Vereinbarungen zwischen der Europäischen Union und Kroatien Schritt für Schritt umgesetzt würden.¹³

Reaktionen in Kroatien auf die Äußerungen deutscher Politiker

Der kroatische Staatspräsident Ivo Josipović kommentierte in einem Interview mit *Jutarnji list* die Äußerungen deutscher Politiker mit dem Hinweis, dass Kroatien die notwendigen Fortschritte machen und wie geplant pünktlich der EU beitreten werde.

Deutschland habe Kroatien vom Anfang an sehr unterstützt. Er verstehe die Aussagen deutscher Politiker einerseits als Ausdruck einer wachsenden Skepsis gegenüber der EU-Erweiterung nach einem Beitritt Kroatiens und andererseits als Ansporn, zu tun, was zu tun sei, so der kroatische Präsident. Auf die Frage, was für Folgen es haben könne, falls Kroatien der EU nicht beitreten würde, antwortete der kroatische Präsident: „Falls der Grund in der Nichterfüllung der Bedingungen liegen würde, würde es eine ernsthafte Niederlage Kroatiens und ein Indikator dafür sein, dass wir nicht gut arbeiten bzw. wir Reformen nicht hinreichend durchführen würden.“ Der Staatspräsident zeigte sich jedoch optimistisch, indem er auf den grundsätzlich zufriedenstellenden EU-Monitoringbericht verwies. An den noch ausstehenden Reformen werde weiter gearbeitet.¹⁴ In einem weiteren Interview nach einer folgenden Kabinettsitzung bewertete Präsident Josipović die Aussagen deutscher

und österreichischer Politiker als motivierende Kritik.¹⁵

Auch der Präsident des kroatischen Parlaments, Josip Leko, sieht den Schlüssel zu einer rechtzeitigen Zielerreichung darin, dass Kroatien seine Aufgaben erfülle und die verbliebenen Reformen umsetze. Der kroatischen Nachrichtenagentur *Hina* sagte er: „Unsere Aufgabe ist es, fleißig zu arbeiten und all diese verbliebenen Pflichten zu erfüllen.“ Er verwies dabei auf die Rede des Chefs der EU-Delegation in Kroatien, Paul Vandoren, der darin seiner Überzeugung Ausdruck verliehen hatte, dass die Mitgliedstaaten der EU Kroatien gegenüber grünes Licht für die EU-Mitgliedschaft geben würden.¹⁶

Die Außen- und Europaministerin Vesna Pusić ergänzte, dass Kroatien jede Anregung zur rechtzeitigen Erfüllung der Konditionen für die EU-Mitgliedschaft ernst nehme und betonte, dass die Republik Kroatien in der Lage sei, alle Bedingungen und Auflagen rechtzeitig zu erfüllen.¹⁷ Bei dem Treffen der EU-Außenminister in Luxemburg ergänzte sie: „Das Projekt 'Kroatien in der EU' ist unser Projekt. Wir erwarten keinen Nachlass. Wir erwarten nur eine faire Bewertung für eine faire Arbeit.“ Sie erinnerte daran, dass Kroatien die Anzahl der noch zu lösenden Probleme von 51 auf zehn reduziert habe und von 33 Kapiteln inzwischen immerhin 29 abgeschlossen und nur noch vier abzuschließen seien.¹⁸

made“, Kroatische Nachrichtenagentur *HINA*, 15. Oktober 2012, www.hina.hr

¹³ Vgl. „Westerwelle gegen Stopp für Kroatiens EU-Beitritt“, *Stern*, 15. Oktober 2012, <http://www.stern.de/news2/aktuell/westerwelle-gegen-stopp-fuer-kroatiens-eu-beitritt-1909904.html>

¹⁴ Vgl. „Ući ćemo u EU 1. srpnja! Pa Njemačka nas je podržavala od samog početka“, Interview mit dem Staatspräsidenten, Autor: Robert Bajruši, *Jutarnji list*, 14.10.2012, <http://www.jutarnji.hr/ivo-josipovic---intervju--hrvatska-ce-sigurno-uci-u-eu-1--srpnja--pa-njemacka-nas-je-podrzavala-od-samog-pocetka-/1059959/>

¹⁵ Vgl. „Josipović: Izjave njemačkih političara nisu izraz nepovjerenja, nego motivacije“, *HINA* auf *Nova TV Portal Dnevnik.hr*, <http://dnevnik.hr/vijesti/hrvatska/josipovic-izjave-njemackih-politicara-nisu-izraz-nepovjerenja-nego-motivacije.html>

¹⁶ Vgl. „Leko: EU će prepoznati RH kao poželjnu buduću članicu“, *HINA*, 14.10.2012, <http://websrv.hina.hr/hina/web/article-izbori07.action?id=20121014:NEWS-HA145815:1:hrv&c=izbori07>

¹⁷ Vgl. „Pusić: RH je u stanju ispuniti uvjete i zadaće EU-a“, *HINA*, 14.10.2012, <http://websrv.hina.hr/hina/web/article-izbori07.action?id=20121014:NEWS-HA145827:1:hrv&c=izbori07>

¹⁸ Vgl. „Pusić: RH može ispuniti sve zadaće, ne očekuje popust“, *HINA*, 15.10.2012,

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

KROATIEN

DR. MICHAEL A. LANGE
ELMA LAKISIC

Januar 2013

Auf die Frage, ob Sie über die deutsche Debatte überrascht sei, antwortete Sie: „Ja, ich war ziemlich überrascht, aber nicht, weil ich mir von Deutschland eine Vorzugsbehandlung erwartet hätte, sondern weil das der beste Bericht ist, den wir seit der Aufnahme der Verhandlungen im Oktober 2005 von der Kommission erhalten haben. Zu den etwas schwierigeren Konditionen gehören der Rückstand bei den Gerichtsverfahren und die Privatisierung der Werften, die wahrscheinlich mehr Zeit brauchen würden.“¹⁹

Der kroatische Botschafter in Deutschland, Miro Kovač, verwies in einem Interview darauf, dass er Gelegenheit gehabt hätte, mit dem Bundestagspräsidenten Lammert über diese Fragen zu sprechen, wobei sich gezeigt hätte, dass sie sich beide in der Substanz bezüglich der Erfüllung der Beitrittskriterien einig seien.

Die Äußerungen des Bundestagspräsidenten müssten im Kontext der Schuldenkrise gesehen werden, wobei doch für ihn klar sei, dass Kroatien über eine selbstbewusste Bevölkerung verfüge, die auf einer soliden Haushaltspolitik und einer nachhaltigen sozialen Marktwirtschaft beharren werde.²⁰

Der HDZ-Vorsitzende Tomislav Karamarko stufte die Aussagen deutscher Politiker als wohlgemeinte und freundschaftliche Warnungen an die kroatische Regierung ein, welche die verbliebenen Aufgaben erledigen müsse. Die vorherige HDZ-Regierung habe schließlich die EU-Beitrittsverhandlungen zu einem positiven Ende gebracht und man

<http://websrv.hina.hr/hina/web/article-izbori07.action?id=20121015:NEWS-HA156042:1:hrv&c=izbori07>

¹⁹ Vgl.: „Wir wollen nur eine faire Beurteilung“, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, Autor: Karl-Peter Schwarz, <http://www.faz.net/frankfurter-allgemeine-zeitung/wir-wollen-nur-eine-faire-beurteilung-11928122.html>

²⁰ Vgl. „Härtester Beitrittsprozess zur EU, den es je gab“, Stefan Honig, Interview mit kroatischem Botschafter in Deutschland Miro Kovač, *Volksstimme*, 16.11.2012, http://www.volksstimme.de/nachrichten/deutschland_und_welt/meinung_und_debatte/?em_cnt=967262

müsse von der aktuellen kroatischen Regierung erwarten können, diesen Prozess ordnungsgemäß abzuschließen. Er verwies allerdings auf einige Fehler, welche die Regierung gemacht habe, indem sie das Polizeigesetz nicht im Einklang mit den EU -- Anforderungen geändert habe, dann bei massiven Stellenwechseln professionelle Standards habe vermissen lassen und ein inakzeptables neues Rundfunkgesetz verabschiedet habe.²¹

Im Ergebnis haben die Äußerungen deutscher Politiker in der kroatischen politischen Klasse für eine lebhaftere Debatte gesorgt. Manche durch Skepsis gekennzeichnete Äußerungen deutscher Politiker und entsprechend negative Kommentare haben auf das sonst sehr gute und freundschaftliche deutsch-kroatische Verhältnis zwar keine negativen Auswirkungen gehabt, aber doch zu einem intensiveren und offenen Dialog auf allen wichtigen Ebenen geführt. Davon zeugte auch der Besuch einer Delegation des Deutschen Bundestags. Im Rahmen dieses Besuchs sagte der Delegationsleiter Ulrich Petzold (CDU) im Kroatischen Sabor u. a.: „Die deutschen politischen Parteien im Bundestag unterstützen grundsätzlich den EU-Beitritt Kroatiens. Deutschland versteht es als seine Aufgabe, kleinen Ländern auf dem Weg in die Europäische Union und in der EU-Mitgliedschaft zu helfen“.

Bei einem Treffen mit dem Vorsitzenden des Europaausschusses des Kroatischen Parlaments, Daniel Mondekar (SDP), wurde auf die vielen Ebenen hingewiesen, auf denen die konstruktive Zusammenarbeit positive Ergebnisse zeitige, wie etwa beim Programm des Deutschen Internationalen Parlaments-Stipendiums, dessen Schirmherr der Bundestagspräsident Norbert Lammert sei.²²

²¹ Vgl. „Karamarko: Izjave njemačkih političara – dobronamjerna i prijateljska upozorenja“, *HINA*, auf *Nova TV Portal*, 15.10.2012, <http://dnevnik.hr/vijesti/hrvatska/karamarko-izjave-njemackih-politicara-dobronamjerna-i-prijateljska-upozorenja.html>

²² Vgl. „Petzold: njemačke stranke u Bundestagu podržavaju ulazak Hrvatske“, *HINA*, 14.11.2012,

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

KROATIEN

DR. MICHAEL A. LANGE
ELMA LAKISIC

Januar 2013

Ebenso verwies er darauf, dass gerade in der Erklärung des Nobelkomitees zur Verleihung des Friedensnobelpreises an die Europäische Union auf den geplanten Beitritt Kroatiens und anderer Länder der Region mit dem Hinweis eingegangen wurde, dass sowohl die Aufnahme von Kroatien als Mitglied, sowie die Einleitung von Beitrittsverhandlungen mit Montenegro und die Erteilung des Kandidatenstatus an Serbien den wichtigen Prozess der Aussöhnung auf dem Balkan voranbringen werden.

Der Besuch des deutschen Bundespräsidenten Joachim Gauck

Als einen weiteren wichtigen Beitrag zum deutsch-kroatischen Dialog sahen zudem viele Kommentatoren den Kroatien-Besuch des Bundespräsidenten Joachim Gauck, der in der Zeit vom 06. bis 08. Dezember stattfand.

In seiner Tischrede beim Staatsempfang zu seinen Ehren zeigte sich der Deutsche Bundespräsident beeindruckt, wie weit es Kroatien in den zurückliegenden zwei Jahrzehnten schon gebracht und man unter großen Anstrengungen einen demokratischen Staat aufgebaut und den Weg für einen EU-Beitritt geebnet habe.

Er unterstrich, dass man sich in Europa der langen Beitrittsverhandlungen Kroatiens und der zahlreichen, notwendigen Anpassungen an europäische Standards durchaus bewusst sei und brachte seine Hoffnung zum Ausdruck, dass sich Kroatien gewiss nicht davon abschrecken lassen werde, noch einige weitere Reformen, zum Beispiel im Justizwesen oder bei der Korruptionsbekämpfung durchzusetzen. Er ermunterte Kroatien „...dieses letzte Stück des Weges noch einmal mit Kraft und Einsatz zu gehen, so dass Sie bald die Früchte Ihrer Arbeit ernten können...“.²³

Er versicherte der kroatischen Bevölkerung, dass sie - wie in der Vergangenheit - stets auf die Freundschaft und Unterstützung Deutschlands zählen könne und er sich auf das EU-Mitgliedsland Kroatien freue, von dem er sich in einer Zeit, da viele mit Skepsis auf Europa blickten, frische Sichtweisen und kreative Lösungen erwarte.²⁴ An die Jugend Kroatiens gerichtet, sagte der Bundespräsident dann noch in seiner Rede vor Jurastudenten der Universität Zagreb, dass Kroatien beste Chancen habe, Mitglied der Europäischen Union zu werden. Diese feste Einbindung in eine starke Gemeinschaft brächte neue Rechte, aber auch neue Pflichten mit sich. Aus seiner dann erreichten Position der Stärke müsse Kroatien aber auch eine Verantwortung für den Ausgleich auf dem Westbalkan entnehmen und sich nationaler Triumphgefühle gleich welcher Art enthalten. Vielmehr sollte sich Kroatien bemühen, existierende Gräben zuzuschütten und Menschen über alle Grenzen hinweg zusammenzuführen.

Reaktionen auf die Äußerungen des deutschen Bundespräsidenten

In der kroatischen Öffentlichkeit wurde der Besuch positiv aufgenommen und die Medien berichteten sehr wohlwollend über den Besuch und die Äußerungen des deutschen Bundespräsidenten. In einer Pressekonferenz verwies Gauck auf die aktuelle, schwierige Situation in der Eurozone und die wachsende Skepsis einiger Euroländer bezüglich weiterer Erweiterungsschritte. Man erwarte –vor dem Hintergrund der schlechten Erfahrungen mit den neuen Mitgliedstaaten aus der Region –, dass die Reformen in Beitrittsländern auch nach einem Beitritt weitergingen und zwar vor allem zum Wohle der Bürger dieser Länder, die von ihnen nur profitieren könnten. Beruhigend wirkte Gaucks Äußerung im Dialog mit dem kroatischen Parlamentspräsidenten Josip Leko, dass er nicht glaube, dass mit Blick auf die

<http://webserv.hina.hr/hina/web/article-izbori07.action?id=20121114:NEWS-HB143583:1:hrv>

²³<http://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Joachim->

Gauck/Reden/2012/12/121207-Kroatien-Abendessen.html

²⁴<http://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Joachim-Gauck/Reden/2012/12/121207-Kroatien-Abendessen.html>

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

KROATIEN

DR. MICHAEL A. LANGE
ELMA LAKISIC

Januar 2013

sieben EU-Mitgliedstaaten, die den Beitrittsvertrag bisher noch nicht ratifiziert hätten, der EU-Beitritt Kroatiens gerade an Deutschland scheitern werde. Allerdings achteten die deutschen Parlamentarier darauf, ob Kroatien die notwendigen letzten Anstrengungen unternehmen werde, um alle Beitrittsvoraussetzungen auch noch rechtzeitig zu erfüllen. Unterstrichen wurde diese Auffassung von dem den Bundespräsident begleitenden Vorsitzenden des Europaausschusses des Deutschen Bundestages, Gunther Krichbaum, der auf derselben Pressekonferenz gegenüber dem kroatischen Parlamentspräsidenten betonte, dass Deutschland ein verlässlicher Partner Kroatiens bleibe und man sich auch den kroatischen Bürgern verpflichtet fühle, wenn man auf die Durchsetzung notwendiger Reformen poche. Zudem bestärkte er den Parlamentspräsidenten in dessen Einschätzung, dass Frieden und gute Zusammenarbeit mit den Nachbarstaaten in Südosteuropa ein wesentliches Element der kroatischen (Außen-) Politik auch nach einem EU-Beitritt sein müsse.

Besonders gewürdigt wurden die Ausführungen des Bundespräsidenten, die dieser im Rahmen einer Podiumsdiskussion vor Studenten der Juristischen Fakultät der Universität Zagreb an die Jugend Kroatiens richtete und in denen er stärker auf den Umgang mit der Vergangenheit und die Lehren einging, die man aus dieser ziehen sollte²⁵. Ebenso aufmerksam folgten die Studenten seinen Ausführungen über die notwendige Korruptionsbekämpfung. Gauck betonte, dass die zunehmende Zahl der Ermittlungen und Prozesse zeige, dass die kroatische Gesellschaft Korruption nicht länger hinnehmen wolle und er bestärkte die Studenten in der Auffassung, dass Politik nicht nur die Anerkennung des Prinzips Verantwortung, sondern auch den Willen und die Fähigkeit der politischen Akteure brauche, Verantwortung zu leben. Er appellierte an die Studenten, Verantwortung, die sich am Gemeinwesen und am Gemeinwohl

orientiert, zu übernehmen und weiter daran zu arbeiten, Politik, Moral und Recht zusammenwirken zu lassen.

Zum Schluss bestärkte der Bundespräsident die Studenten darin, auf dem Weg ihrer Eltern, die Kroatien auf einen guten Weg gebracht hätten, fortzufahren und die Reformen weiterzuführen und verwies auf seine eigenen Erfahrungen, in dem er betonte, dass ohne die Herrschaft des Rechts und ohne die Verknüpfung unserer politischen Absichten mit den Mitteln und Wegen des Rechtsstaates, die Aufarbeitung der Vergangenheit und die Stabilisierung von Freiheit und Demokratie in Ostdeutschland nicht hätte verwirklicht werden können.

Im Ergebnis haben die Reden und Gespräche und sicherlich nicht zuletzt der Zeitpunkt der Reise des Bundespräsidenten vieles von dem „auffangen“ können, was einzelne Kommentare deutscher Politiker an Unsicherheiten und Irritationen in Kroatien hatten entstehen lassen. Die Tatsache, dass der Bundespräsident vom Vorsitzenden des Europaausschusses Krichbaum, der zu den deutschen Abgeordneten gezählt hatte, die sich kritisch mit dem Stand der Vorbereitungen des EU-Beitritts in Kroatien auseinandergesetzt hatten, begleitet wurde, ist in Kroatien als ein Zeichen gewertet worden, dass es in dieser Frage in Deutschland nicht zu einer „Lagerbildung“ oder gar zu einer parteipolitischen Auseinandersetzung über die Ratifizierung des EU-Beitrittsvertrags kommen werde.

Auch wenn der Bundespräsident keinen „Fahrplan“ der Ratifizierungsdebatte im Deutschen Bundestag vorzulegen vermochte, ist doch der Eindruck zurückgeblieben, dass sich die Abgeordneten des Deutschen Bundestags zwar sehr ernsthaft aber konstruktiv mit den Fortschritten Kroatiens auf dem Weg in die Europäische Union auseinandersetzen werden.

Fragliche rechtzeitige Ratifizierung durch Slowenien?

Blickt man auf den Ratifizierungsprozess als Ganzen, so erscheinen die dt. - kroatischen „Irritationen“ jedoch deutlich weniger prob-

²⁵<http://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Joachim-Gauck/Reden/2012/12/121207-Universitaet-Zagreb.html>

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

KROATIEN

DR. MICHAEL A. LANGE
ELMA LAKISIC

Januar 2013

lematisch, als die offensichtliche Zurückhaltung des Nachbarlandes Slowenien die Ratifizierung zu vollziehen. Slowenien gehört zu den sieben verbliebenen EU - Mitgliedstaaten, welche die Ratifizierung noch nicht vollzogen haben.

Die jüngsten Unruhen in Maribor und anderen slowenischen Städten hatten Befürchtungen aufkommen lassen, die aktuelle slowenische Regierungskoalition würde gezwungen sein, den Oppositionsparteien für ihre Kooperation bei der Durchsetzung unverzichtbarer Wirtschaftsreformen Neuwahlen anbieten zu müssen. Diese hätten die ohnehin wenig enthusiastischen Bemühungen um eine rechtzeitige parlamentarische Behandlung des Ratifizierungsvorhabens weiter verkompliziert.

Nachdem Slowenien mit seinem Veto bereits schon einmal den Beitrittsprozess Kroatiens verzögert hatte, wird jetzt die Suche nach einer adäquaten Lösung des „Ljubljanska Bankenstreits“ zum Gegenstand grundsätzlicher Auseinandersetzungen, welche die Endphase des Ratifizierungsprozesses negativ beeinflussen.²⁶

Auch deshalb hat die kroatische Regierung gegenüber deutschen Parlamentariern ihre Sorge zum Ausdruck gebracht, die deutsche „Zurückhaltung“ in diesem Ratifizierungsprozess würde es den Slowenen zusätzlich erleichtern, sich bei dem von ihnen verfolgten „Zeitspiel“ hinter Deutschland zu verstecken.

Auch wenn von Politikern beider Länder immer wieder betont wird, man werde schon einen beiderseitig akzeptablen Kompromiss im Bankenstreit finden, der es dem slowenischen Parlament schließlich erlauben würde, dem Beitrittsvertrag mit Kroatien zu ratifizieren; sichergestellt erscheint dies jedoch noch immer nicht.

²⁶ Slovenia Insists on Ljubljanska banka as Condition for Ratification, Tuesday POSLOVNI DNEVNIK online edition
<http://tinyurl.com/d2xomp7>

Noch vor Weihnachten hatte der slowenische Außenminister, Karl Erjavec, in einem Fernsehinterview betont, sein Land werde den Beitrittsvertrag Kroatiens nicht ratifizieren, solange die kroatische Regierung ihre Unterstützung für die gegen die slowenische Ljubljanska Bank in Kroatien erhobene Anklage fallen lasse.²⁷ Auch die Nachricht, die Unterhändler der beiden Länder hätten sich darauf geeinigt, dass Slowenien die angeblich 200 Mio. Euro umfassenden Außenstände kroatischer Sparer in Raten über 20 bis 30 Jahre zurückerstatten würde und im Gegenzug dafür keine Zinsen zu entrichten hätte, wurde von Erjavec in diesem Interview als „Zeitungssente“ und inakzeptable Scheinlösung des Problems abgetan, die es dem slowenischen Parlament nicht erlauben würde, der Ratifizierung mit der notwendigen 2/3 Mehrheit zuzustimmen.²⁸

Fazit

Zu all diesen Sorgen um die Ratifikation des kroatischen Beitrittsgesuches bzw. -vertrags gesellt sich mit Blick auf die gesamte Region zunehmend auch die Skepsis vieler europäischer Politiker, was das sog. „Versprechen von Thessaloniki“ angeht. Im Sommer 2003 fand sich in der Abschlusserklärung der damaligen EU - Ratssitzung das Versprechen: „Die Zukunft des Balkan liegt in der EU.“ Die Annäherung der Balkanstaaten wurde als unumkehrbarer Prozess dargestellt.²⁹

Inzwischen ist der Prozess heftig ins Stocken geraten. Nicht zuletzt die Bundeskanzlerin hatte in ihrer Regierungserklärung vor dem letzten EU-Gipfel mit ihrer Aussage, dass nach der „voraussichtlichen“ Aufnahme Kroatiens als 28. EU-Mitglied im Juli 2013 mit der Erweiterung erst einmal Schluss sei, den Befürchtungen vieler Balkanstaaten und nicht zuletzt auch des Beitrittskandidaten

²⁷ Vgl.: Slovenian FM Erjavec Denies Solution for Ljubljanska banka, Tuesday JUTARNJI LIST online edition
<http://tinyurl.com/cb92egt>

²⁸ Vgl.: <http://tinyurl.com/cxevyqf>,
<http://tinyurl.com/bn9517n>

²⁹ <http://www.faz.net/frankfurter-allgemeine-zeitung/nachruf-auf-thessaloniki-11998216.html>

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

KROATIEN

DR. MICHAEL A. LANGE
ELMA LAKISIC

Januar 2013

Kroatien Nahrung gegeben, es werde in absehbarer Zeit keine weiteren konkreten Beitrittsverhandlungen geben. Wenn schon Deutschland vorläufig keine Entscheidung zum Beginn von Beitrittsverhandlungen mit weiteren Ländern treffen wolle, da dafür die Zeit noch nicht reif und die Umstände inzwischen andere seien, wie sähe es für Kroatien aus, wenn –aus welchen Gründen auch immer - sich der ins Auge gefasste Beitrittstermin Kroatiens nicht realisieren lassen würde? Was würde eine nicht rechtzeitige Ratifizierung für Kroatien unter diesen allgemeinen politischen Rahmenbedingungen bedeuten?

All dies bewegt die Bürger und noch mehr die Politiker in Kroatien und sicher nicht nur dort zum Jahresbeginn 2013. Die kommenden Monate werden sowohl zeigen, ob der Beitritt Kroatiens gelingt als auch Belege liefern, inwieweit der Erweiterungsprozess nach einer ev. Aufnahme Kroatiens tatsächlich für längere Zeit zum Erliegen kommt.